

# Nachschlag zur Demonstration in Brüssel

Den folgenden Schriftverkehr fanden wir auf Abgeordnetenwatch – befragt wurde Herr Karl-Georg Wellmann, MdB CDU/CSU.

*Sehr geehrter Herr Wellmann,*

*ich bin stolz darauf, das sich die Abgeordneten der CDU/CSU mit Frau Merkel an der Spitze der Regierung in aller Welt für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Dafür danke ich auch Ihnen persönlich.*

*Ich musste aber mit Bestürzung erfahren, das in der „Europäischen Hauptstadt“ Brüssel eine für den 11.September angemeldete Demonstration verboten wurde, weil diese öffentliche Meinungsbekundung angeblich muslimische Interessen und Befindlichkeiten verletzen würde. Ziel der Demonstration ist eine die Besorgnis vor einer schleichenden Islamisierung Europas. Ich vermisse hierzu eine Stellungnahme deutscher Politiker und vor allem deren Einsatz für Rede – und Demonstrationsfreiheit in Europa.*

*Zu diesem Vorgang bitte ich Sie um Darstellung ihrer Meinung und verbleibe mit freundlichem Gruß*

*XXX*

*Sehr geehrter Herr XXX,*

*vielen Dank für Ihre Frage zum Thema „Demokratie und Bürgerrechte“.*

*Die für den 11.September 2007 im Brüsseler Europaviertel geplante Demonstration „gegen die Islamisierung Europas“ wurde vom Brüsseler Oberbürgermeister Freddy Thielemanns verboten. Das Verwaltungsgericht hat dem Verbot nicht widersprochen. Thielemanns wollte verhindern, dass Brüssel*

zur „Hauptstadt des Hasses“ wird. Das Verbot wurde damit begründet, dass die Demonstration eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen würde, da beteiligte Gruppen zu gewalttätigem Verhalten tendierten und massive Reaktionen von muslimischer Seite zu erwarten wären. Zu dieser Demonstration aufgerufen hatten neben dem Verein Pax Europa e.V. auch die britische Organisation No sharia here und die dänische Anti-Islam Gruppe SIAD. Sympathisanten und Unterstützer waren unter anderem die belgische rechtsnationale Bewegung Vlaams Belang und die Kölner Anti-Moscheebau-Bewegung Pro Köln. Der vom islam-kritischen Publizisten Dr. Udo Ulfkotte gegründete Verein Pax Europa e.V. distanzierte sich bereits vorher öffentlich von den „rechtsradikalen Trittbrettfahrern“ und sagte die Veranstaltung ab. Trotz des Versammlungsverbots demonstrierten ca. 200 Menschen z.T. gewalttätig in Brüssel.

Somit scheinen die Bedenken des Bürgermeisters berechtigt gewesen zu sein. Und auch eine undifferenzierte Vermischung des islamischen Glaubens mit einem islamistisch-fundamentalistischen Zweig durch die Wahl des 11. September als Demonstrationstag – mithin der 6. Jahrestag der terroristischen Anschläge von New York – ist kaum von der Hand zu weisen.

Es gibt keinerlei Anlass, die rechtstaatlichen Strukturen unseres europäischen Nachbarlandes Belgien anzuzweifeln. Ich gehe davon aus, dass die Entscheidung unter Beachtung der Sicherheitslage und im Rahmen einer umfassenden Interessenabwägung getroffen worden ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Karl-Georg Wellmann, MdB

#### Kontakt:

Bundestagsbüro  
Karl-Georg Wellmann, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.824  
Tel.: 030/227-70300,  
Fax: 030/227-76304  
E-Mail: karl-georg.wellmann@bundestag.de

---

## **Christine Dietrich schreibt nicht mehr für PI**

Wie Pfarrerin Christine Dietrich uns eben mitteilt, ist es ihr aufgrund ihres Amtes und als Person des öffentlichen Interesses leider nicht mehr möglich, bei PI zu schreiben. Das PI-Team bedauert außerordentlich, dass ihre kompetenten und ausgewogenen Beiträge aus christlicher Sicht unseren Lesern in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen.

---



**Must-Read: André Glucksmann**

# zur Iran-Krise

☒ Leider kommen Autoren wie der Niederländer Leon de Winter oder der französische Philosoph André Glucksmann (Foto) in der Welt immer seltener zu Wort. Dabei hebt sich das, was letzter genannter in seinem heutigen Gastbeitrag „Hat da jemand ‚Krieg‘ gesagt?“ für das Springer-Blatt schreibt, so wohltuend von deutschen Textern ab – nicht nur was die political correctness betrifft. Glucksmann: „Ein Wort, und schon erhebt sich ein Sturm der Entrüstung, beginnt die Tinte in den Fässern der Kommentatoren zu brodeln, schleudern die Ministerien des westlichen Europas ihre Missbilligung auf wenig diplomatische Weise in die Welt hinaus.“ Mehr...

» Kundgebung in Wien am 30.9.: Keine Geschäfte mit den iranischen Mullahs! (*Spürnase: Urs Schmidlin*)



## Schluss mit der Selbstbestimmung freier Bürger

☒ Die Wochenzeitung „Die Zeit“ ist für ihren stramm linken, manche sagen auch linksliberalen Kurs bekannt berüchtigt. Doch was sich jetzt Autorin Wenke Husmann dort geleistet hat,

schlägt dem Fass den Boden aus. Sie parliert dort über das von der EU vorgesehene liberalere Waffenrecht.

Und dass der böse schwarze Schäuble ja das „gute“ deutsche Waffenrecht aufweichen wolle. Dies dürfe auf keinen Fall geschehen. Nicht einmal wenn die allmächtige EU das will!

Doch der Teufel steckt auch hier wieder einmal im Detail. Denn Husmann schreibt dann etwas, was jedem, der für Bürgerrechte und Freiheit einsteht, die Zornesröte ins Gesicht treibt:

*Die Rufe nach dem Selbstbestimmungsrecht des Bürgers sind glücklicherweise hierzulande nahezu verstummt.*

Hat sie nur die Maske des unabhängigen Journalisten übergestülpt oder ist diese Frau gnadenlos naiv. Wenn man jetzt die Maßstäbe anlegte, die Eva Herrmann getroffen haben, gibt es für die „Zeit“ eigentlich nur eine Konsequenz: sofort die wie auch immer geartete Zusammenarbeit beenden.

Zum Glück irrt die Autorin hier. Jahrelang, besonders in den sieben verschröderten Jahren, wurde versucht, den mündigen Bürger mundtot zu machen und jegliches bürgerschaftliches Eintreten für die individuelle Freiheit zu verhindern. Doch der Protest und das Murren werden immer lauter. Und das ist auch gut so!

Um noch einmal zum eigentlichen Thema des o.g Artikels zurückzukommen: das, was die Zeit- Autorin fordert, ist quasi ein EU-Gulag, in dem nur Verbrecher und Gulag-Aufseher Waffen tragen dürfen. Wozu ist dann überhaupt ein Selbstbestimmungsrecht der Bürger notwendig?

*(Gastbeitrag von Phil)*

---

# Die Abtrünnigen des Islam



Der Islam ist bekanntlich keine Religion, aus der man einfach so mit Brief an die Vorsteherschaft austreten kann. Wer dem Islam den Rücken kehrt, hat mit Bedrohung und Verfolgung zu rechnen. Um so erstaunlicher, dass es mutige Menschen gibt, die es trotzdem tun – Abtrünnige, Geächtete. Wir stellen im Folgenden die Website der Abtrünnigen „The Apostates of Islam“ vor. Wie sie sich beschreiben, woran sie glauben, warum sie sich von Mohammed abgewandt haben, wie sie zum Koran stehen und welches ihre Ziele sind.

## Die Abtrünnigen des Islam

Die Abtrünnigen des Islam sind Ex-Muslime. Einige von ihnen sind in den Islam geboren und damit aufgewachsen, andere waren irgendwann in ihrem Leben zum Islam konvertiert. Sie wurden gelehrt, die Wahrheit des Islam niemals in Frage zu stellen und blind an Allah und seinen Propheten zu glauben. Ihnen wurde beigebracht, dass Allah alle Sünden außer der Sünde des Unglaubens vergibt (siehe Suren 4,48 und 4,116). Aber die Abtrünnigen haben die ultimative Sünde des Selberdenkens begangen und den Glauben, der ihnen eingebläut wurde, in Frage gestellt. So haben sie erkannt, dass der Islam weit weg ist davon, eine Religion der Wahrheit zu sein. Der Islam ist für sie heute ein Schwindel, eine Halluzination eines kranken Geistes und nichts als Lug und Trug.

## Woran die Abtrünnigen glauben

Einige von ihnen haben sich anderen Religionen zugewandt, die meisten haben aber einfach den Islam verlassen, ohne irgendeinen anderen Glauben anzunehmen. Mehr als an Religion glauben sie an Menschlichkeit. Daran, dass Menschen keiner Religion angehören müssen, um gut zu sein. Was der Mensch beachten soll, ist die „Goldene Regel“: Die anderen so zu

behandeln, wie man auch selbst behandelt werden möchte. Darin liegt die Essenz allen wirklichen Gutseins. Die Lehren aller Religionen wurzeln auf diesem ewigen goldenen Prinzip, der letzt gültigen Anleitung zur Menschlichkeit.

### **Warum Mohammed kein Prophet sein kann**

Von einem Boten Gottes könnte man erwarten, dass er ein anständiges Leben führt. Er darf kein Lüstling sein, kein Perverser, kein Vergewaltiger, kein Straßenräuber, kein Kriegsverbrecher, kein Massenmörder oder Attentäter. Einer, der Bote Gottes sein möchte, sollte einen besonders guten Charakter haben. Er sollte über den Gelüsten der Menschen seiner Zeit stehen. Mohammeds Leben war dagegen eher das eines Mafia-Paten. Er überfiel Händlerkarawanen, plünderte unschuldige Menschen aus, massakrierte ganze Völker und versklavte Frauen und Kinder. Er vergewaltigte die Frauen, die er im Krieg erbeutete, nachdem er ihre Männer getötet hatte und sagte seinen Anhängern, Sex mit den Gefangenen und ihrem "rechtmäßigen Eigentum" sei in Ordnung (siehe Sure 33,50). Er meuchelte diejenigen, die ihn kritisierten und ließ sie hinrichten, als er an die Macht kam und *de facto* zum Despoten Arabiens wurde. Mohammed kannte kein menschliches Mitgefühl, er war ein besessener Mann mit größenwahnsinnigen Träumen und er konnte niemandem vergeben, der ihm im Weg stand. Mohammed war ein Narzisst, wie Hitler, Saddam oder Stalin. Er war scharfsinnig und wusste, wie man Leute manipuliert, nur war seine emotionale Intelligenz weniger entwickelt als bei einem 6-jährigen Kind. Er konnte den Schmerz anderer einfach nicht fühlen. Er massakrierte Tausende unschuldiger Menschen brutal und beraubte sie ihres Vermögens. Er hatte große Ambitionen und als Narzisst glaubte er ehrlich daran, machen zu dürfen, was er will, inklusive alle Arten von Verbrechen zu begehen – er meinte selbst, seine bösen Taten seien gerechtfertigt.

### **Warum der Koran nicht von Gott sein kann**

Mohammed hat keine Wunder vollbracht und wenn man ihn darauf

anspruch, behauptete er, sein Wunder sei der Koran. Doch schon ein oberflächlicher Blick auf den Koran offenbart, dass dieses Buch voller Fehler ist. Der Koran ist voller wissenschaftlicher Häresien, historischer Irrtümer, mathematischer Fehlberechnungen, logischer Absurditäten, Grammatikfehler und ethischer Fehleinschätzungen. Er ist miserabel zusammengestellt und widerspricht sich selbst. An dem Buch ist nichts Intelligentes, geschweige denn Wundersames. Mohammed hat die Leute dazu gebracht, surengefällig zu leben, so würden die Muslime auch jeden töten, der es wagt, sie zu kritisieren. In einem derartigen Klima von Doppelzüngigkeit und Gewalt, ist die Wahrheit das erste Opfer.

### **Was die Abtrünnigen wollen**

Die Abtrünnigen des Islam, schwören dem Islam ab. Er ist für sie zur Irrlehre von Hass und Terror geworden. Dennoch sind sie nicht gegen die Muslime als Menschen, gegen ihre Verwandten und Familien. Sie verteidigen weder Hass noch Gewalt. Die Hauptopfer des Islam sind die Muslime selber. Das Ziel der Abtrünnigen ist, sie durch Bildung die Wahrheit erkennen zu lassen. Die Bewegung geht gegen den Islam. Es wäre wünschenswert, wenn die islamischen Staaten mehr Zeit der Wissenschaft widmen würden und weniger dem Koran oder der Scharia. Sie sollen gedeihen und etwas zur menschlichen Zivilisation beitragen. Dazu gehören die drakonischen Gesetze des Islam ausgelöscht und die Menschen menschlich behandelt. Es gilt zu kämpfen für die Glaubensfreiheit, für die Gleichberechtigung und für die Einheit der Menschheit.

### **Die größte Herausforderung für die Menschheit**

Heute steht die Menschheit einer großen Gefahr gegenüber. Der islamische Fundamentalismus befindet sich im Aufschwung und Hass brodeln in den Köpfen von Millionen von Muslimen. Dieser Hass muss aufgehalten werden oder es wird desaströse Konsequenzen haben. Die einzige Lösung für das Problem ist



Bildung. Die muslimischen Intellektuellen müssen begreifen, dass der Islam eine Irrlehre ist und den Rest der islamischen Welt diese Wahrheit wissen lassen. Der Islam ist eine Religion die auf der überheblichen Annahme gedeiht, sie sei die logischste, wissenschaftlichste und perfektste Religion. Im Gegenteil handelt es sich aber gemäß den Abtrünnigen des Islam um die „dümmste aller Lehrmeinungen – den rückständigsten und absurdesten Glauben“. Wenn die Wahrheit über den Islam einmal Allgemeinwissen geworden sein sollte, wird der Islam geschwächt werden und der Fanatismus seine Fänge verlieren. Hunderte Millionen Dollars werden ausgegeben, um den islamischen Terrorismus zu bekämpfen, aber es werden keine Anstrengungen unternommen auch die Ideologie hinter dem Terrorismus zu bekämpfen. Die Abtrünnigen des Islam glauben fest daran, dass der islamistische Terrorismus nur besiegt werden kann, wenn die Ideologie dahinter entblößt und ausgerottet wird – genau dies wollen sie auch tun.

» Auch in Deutschland gibt es organisierte Ex-Muslime.

---



## **Moscheebau Hausen: Appell an OB Petra Roth**

✘ In einem offenen Brief an Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (Foto) haben 13 hessische Bürger ihre große Sorge über den geplanten Moscheebau im Stadtteil Hausen zum Ausdruck gebracht. Sie appellieren an Roth, sich im Rahmen der

Plenarsitzung am 4. Oktober Ihrer Verantwortung als Oberbürgermeisterin **aller** Frankfurter Bürger und Bürgerinnen zu vergegenwärtigen.

Hier der offene Brief im Wortlaut:

*Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,*

*am 4. Oktober werden Sie im Rahmen einer Plenarsitzung zu dem geplanten Neubau einer weiteren Moschee im Stadtteil Hausen Stellung beziehen. Als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die die Einseitigkeit des bisherigen politischen und öffentlichen Diskurses mit tiefer Sorge beobachten, appellieren wir dringend an Sie, folgendes bei Ihrer Meinungsbildung in Betracht zu ziehen:*

*1.) Ihre Verantwortung vor Gott, die unser Grundgesetz in der Präambel an erster Stelle ins Bewusstsein rückt. Dieser Gott, auf den die Väter des Grundgesetzes Bezug nehmen, ist der Gott der Bibel, der sich als Vater, Sohn und Heiliger Geist offenbart hat.*

*In Ihrem Vorwort zum „Frankfurter Neuen Testament“ betonen Sie selbst, wie aktuell die Bibel ist und welche Bedeutung diese für unsere Gesellschaft hat. Bedenken Sie, dass der Allah des Koran mit dem Gott der Bibel nichts im Entferntesten zu tun hat.*

*2.) Die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Rechtsordnung. Dazu ein Zitat aus dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht von 2005:*

*„Zum unabdingbaren Bestand einer freiheitlichen Verfassungsordnung gehört, dass die Religion eine für Dritte folgenlose Privatsache eines jeden Individuums darstellt. Die durch Artikel 4 Grundgesetz gewährte Religionsfreiheit differenziert nicht zwischen einzelnen Religionen und räumt auch Nicht-Gläubigen denselben Achtungsanspruch ein. Eine solche Toleranz gegenüber anderen Lebensplänen ist dem*

Islamismus fremd. Er verfolgt einen kollektivistischen Ansatz, instrumentalisiert die Religion für politische Machtansprüche und stellt damit eine Ideologie dar. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung seiner politisch-religiösen Vorstellungen auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Diese extremistischen Zielsetzungen werden allerdings im öffentlichen Diskurs häufig verschleiert. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man sich selbst in der Minderheit befindet. Insbesondere im interreligiösen Dialog wird auf die Taqiya, die aus islamischen Quellen abgeleitete Befugnis zur Täuschung, zurückgegriffen.“

Eine Taktik, die auch der Generalsekretär des Vereins der „Hazrat Fatima Moschee“, Herr Ünal Kaymakci, exzellent beherrscht, was er im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats 7 in der Brotfabrik am 18. September eindrucksvoll unter Beweis stellte.

Dies zugrunde legend bitten wir Sie – in Verantwortung gegenüber unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung – die Tatsache zu berücksichtigen, dass der Islam und das Grundgesetz unvereinbar sind: Der Islam ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch, der Nichtmuslimen weniger Rechte einräumt, sie zu Menschen zweiter Klasse degradiert und insbesondere Frauen diskriminiert. Moscheen sind keine „Gebetshäuser“, wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Religionsfreiheit im Islam gibt es nicht. Muslime haben das Ziel – wenn Sie dem Gebot Allahs folgen – sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie

täuschen also zunächst die Anpassung vor, in den islamischen Rechtsschulen heißt das „taqiya“. Der hessische Innenminister Bouffier nannte das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 „Legalitätstaktik“.

3.) Weiterhin appellieren wir an Sie, sich Ihre Verantwortung als Oberbürgermeisterin aller Frankfurter Bürger und Bürgerinnen zu vergegenwärtigen. In unserer Stadt leben Menschen jeglicher sozialer, kultureller und religiöser Prägung aus mehr als 180 Ländern der Erde.

Das muss klar herausgestellt werden, da insbesondere der Integrationsdezernent, Herr Jean-Claude Diallo, sich zum Handlanger des Hazrat-Fatima-Moscheenvereins gemacht hat und die Interessen vieler in Hausen und Frankfurt lebenden Bürgerinnen und Bürger in einer äußerst arroganten Art missachtet. Wer – wie er – für die Schilderung der schrecklichen, seit Jahrhunderten andauernden Verfolgung der koptischen Christen in Ägypten durch den Islam und die daraus resultierenden Vorbehalte der koptischen Gemeinde in Frankfurt-Hausen gegenüber dem geplanten Moscheebau nur ein abfälliges Lächeln übrig hat (so geschehen in der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats 7 am 18. September), disqualifiziert sich charakterlich für diese anspruchsvolle Aufgabe. Fachlich hat er es mit seinen Beiträgen in der laufenden Debatte ohnehin schon getan.

Wir bitten Sie als vom Volk gewählte Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt, auch die Interessen, Sorgen und Nöte der einheimischen Bevölkerung sowie die Belange aller hier lebenden Bürger mit Migrationshintergrund – insbesondere derer, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung in islamischen Ländern verfolgt und diskriminiert wurden bzw. werden – den Interessen des Hazrat-Fatima-Moscheenvereins gegenüber-zustellen und diese sorgfältig gegeneinander abzuwägen. In diesem Zusammenhang erinnern wir gerade Sie als Frau an die Menschenrechtsverletzungen an vielen Mädchen und Frauen in unserer Stadt, die aufgrund der

*Vormachtsstellung des Mannes im Islam ihres Rechts auf Selbstbestimmung sowie ihrer persönlichen Freiheit und Würde beraubt werden (Verweigerung von Aus- und Weiterbildung, Einschränkungen in der Berufswahl, Zwangs- verheiratung, Ehrenmorde usw.)*

*Wir, die Unterzeichner dieses offenen Briefes, vertrauen darauf, dass Sie als Repräsentantin der freien Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am 4. Oktober eine Position beziehen werden, die die freiheitlich demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft stärkt und der weiteren Islamisierung unserer Stadt und unseres Landes entgegenwirkt.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Mathias Mund, Handelsfachwirt*

*Heidemarie Mund, Dipl.-Betriebswirtin*

*Jeanette Barkhuyan, Hausfrau*

*Giuseppe Bruno, Vors. der ACLI – Italienisch-Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland*

*Martin Henschel, Bankkaufmann*

*Ermelindo Roepke, Missionar*

*Alexander Bench, Pastor*

*Günter Kerssebaum, Rentner*

*Horst Weißbarth, Sprecher der Bürgerinitiative Hausen*

*Jürgen Quente, Pensionär*

*Dr. Hiltrud Schröter, Sozialwissenschaftlerin u. Autorin*

*Ciro Cangiano, Arbeiter*

*Klaus Strödter*

» Kontakt:

Büro der Oberbürgermeisterin Petra Roth

Römerberg 23

60311 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 212 33333

Telefon: +49 (0)69 212 35060

Telefax: +49 (0)69 212 30749



# Saudis, eine Fatwa und Handys mit Bluetooth

☒ Eine Fatwa, ein verbindliches Rechtsgutachten, regelt in Zukunft den Gebrauch von Bluetooth-fähigen Handys in Saudi Arabien – verboten! Die höchste moslemische Religionsbehörde hat dies so verfügt.

*Handys mit Bluetooth sind „haram“, somit entsprechend den Gesetzen des Islams verboten. Dies wurde vom Rat der Ulema erklärt.*

*Die saudischen Behörden sind in der letzten Zeit immer wieder gegen gegen Passanten in Einkaufszentren vorgegangen, die ein Handy mit Kamera bei sich hatten. Es wurde angenommen, dass diese Telefone widerrechtlich zum Fotografieren von Frauen verwendet worden waren.*

Staatliche Gängelung unter dem Deckmantel der Religion oder religiöse Gängelung. In Saudi Arabien eher beides. Saudi Arabien, ein Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung einen lediglich minderwertigen Status hat, nicht allein Auto fahren darf, ja noch nicht einmal das Gesicht zeigen darf, ein Land, in dem diese Hälfte permanent vor den Gelüsten und Nachstellungen der anderen Hälfte geschützt werden muss.